

Tunesien im Justizchaos: Oppositionsprozess bedroht Freiheit!

In Tunesien stehen über 40 Oppositionsmitglieder vor Gericht. Der Prozess bedroht demokratische Grundrechte und wird international kritisiert.



Tunis, Tunesien - In Tunesien hat ein hochumstrittener Prozess gegen über 40 Oppositionelle und Kritiker am 4. März 2025 seine Fortsetzung gefunden. Die Angeklagten stehen unter dem Vorwurf, gegen die Staatssicherheit zu konspirieren und haben mit gravierenden rechtlichen Konsequenzen zu rechnen, darunter auch die Todesstrafe, die in Tunesien jedoch derzeit ausgesetzt ist. Unter den Beklagten befinden sich ehemalige Diplomaten, Medienpersönlichkeiten und Mitglieder der Ennahda-Partei, die allesamt einen besorgniserregenden Rückschlag für die Demokratie im Land darstellen, wie **Al Jazeera** berichtet.

Der Prozess, welcher als psychologisches Druckmittel gegen die Opposition und Zivilgesellschaft gesehen wird, hat landesweite

Proteste ausgelöst. Hunderte Menschen waren in Tunis auf den Straßen, hielten Fotos der Inhaftierten und forderten deren Freilassung. Die Anklagen gegen die Angeklagten, darunter „Verschwörung gegen den Staat“ und „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Gruppe“, werden von vielen Beobachtern als politisch motiviert angesehen. Präsident Kais Saied hat die Angeklagten als „Verräter und Terroristen“ bezeichnet und sieht sich selbst als Opfer eines Putsches, den er 2021 überwunden hat.

Keine Teilnahme für einige Angeklagte

Neun Angeklagte wurden als „zu gefährlich“ beurteilt, um am Prozess teilnehmen zu dürfen, was die Bedenken hinsichtlich eines fairen Verfahrens verstärkt. Einige der Angeklagten, die seit mehr als zwei Jahren in Haft sind, werden auch beschuldigt, illegale Verbindungen zu ausländischen Parteien zu unterhalten. In den letzten Jahren hat die Regierung unter Saied die Kontrolle über die Justiz massiv verstärkt, was zu einer Erosion der unabhängigen Rechtsprechung geführt hat, wie Kritiker und Menschenrechtsorganisationen, einschließlich Amnesty International, anmerken.

Amnesty International hat zudem festgestellt, dass die Menschenrechte in Tunesien seit Saieds Machtübernahme stark unter Druck stehen. Dutzende Oppositionelle und Kritiker wurden inhaftiert, während die Unabhängigkeit der Justiz und die institutionellen Menschenrechtsgarantien zunehmend gefährdet sind. Diese Maßnahmen werden von internationalen Menschenrechtsorganisationen als systematische Verletzungen kritisiert, welche in direktem Zusammenhang mit der politischen Agenda von Saied stehen. Die UN hat die tunesischen Behörden aufgefordert, der Verfolgung von Aktivisten und Oppositionspolitikern ein Ende zu setzen, was vom tunesischen Außenministerium zurückgewiesen wurde.

Öffentliche Reaktionen und internationale

Bedenken

Die Zunahme von Protesten und internationalem Druck wirft Fragen über die Legitimität des Verfahrens auf, während die Öffentlichkeit in Tunesien zunehmend besorgt über ihre Freiheit der Meinungsäußerung und die zukünftige politische Stabilität des Landes ist. Die Maßnahmen von Saied werden von seinen Anhängern als notwendig zur Stabilisierung eines Landes präsentiert, das mit Inflation, Arbeitslosigkeit und Korruption zu kämpfen hat. Doch Kritiker betonen, dass diese Strategie zu einer zentralisierten Machtstruktur und einer bedrohlichen politischen Kultur führt.

Die internationale Gemeinschaft sieht sich in der Verantwortung, die Menschenrechte in Tunesien zu verteidigen. Die Zusammenarbeit zwischen Tunesien und der Europäischen Union in Fragen der Migration, die zielt darauf ab, Migration zu stoppen und Verantwortung auszulagern, wurde von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert. Amnesty International warnt, dass die EU durch diese Vereinbarungen indirekt für zukünftige Menschenrechtsverletzungen innerhalb Tunesiens mitverantwortlich gemacht werden könnte.

In Anbetracht dieser Entwicklungen bleibt abzuwarten, wie sich der Prozess und die politische Situation in Tunesien weiter entwickeln werden, während der Druck auf die Oppositionsbewegung und die Zivilgesellschaft weiter anwächst.

Details	
Vorfall	Prozess, Protest
Ursache	Verschwörung gegen die Staatssicherheit, politische Motivierung
Ort	Tunis, Tunesien
Quellen	• www.aljazeera.com • apnews.com • www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de